



## OSTER-NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

die Wahlen im Saarland haben sicher nur begrenzte Aussagekraft für ganz Deutschland, zeigen aber eines: Ohne Grün fallen nicht nur Klima- und Umweltschutz in Zukunft unter den Tisch sondern es gibt auch die Große Dauerkoalition, ohne ökologischen und sozialen Reformanspruch. Im größten Bundesland NRW ist klar: Wer dort weiter Rot-Grün will, muss im Mai Grün wählen, denn sonst gibt es auch hier die Große Dauerkoalition, oder schlimmer noch – Rot-Gelb – wo vom Klimaschutz und Energie- wende über nachhaltige Agrarpolitik bis zum Erhalt von Natur und Schöpfung alles unter die Räder kommt.

Mitte März hat der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen den [Entwurf des Wahlprogramms](#) zur Bundestagswahl vorgestellt, welcher Mitte Juni auf dem Parteitag in Berlin verabschiedet wird. Das Grüne Programm stellt die Weichen auf Zukunft: Für eine intakte Natur und eine innovative Wirtschaft. Für Menschlichkeit und eine Gesellschaft, in der jeder frei leben kann. Für mehr soziale Gerechtigkeit und ein Land der gleichen Chancen für alle Kinder. Denn Zukunft wird aus Mut gemacht!

Obwohl Bündnis 90/Die Grünen Atomkraft von Anfang an abgelehnt haben, haben wir die Verantwortung angenommen und für das Endlagersuchgesetz im Bundestag gestimmt. Damit steht der ergebnis- offenen Suche in ganz Deutschland nichts im Wege. Damit ist ein weiteres Kapitel des größtmöglichen Irrwegs der Energiepolitik – der Atomkraft – beendet. In anderen Politikfeldern sind CDU/CSU und SPD leider noch weiter auf Irrwegen unterwegs. Die PKW-Maut ist dafür nur eines von vielen Beispielen. Obwohl sie europafeindlich ist, mehr kostet als sie einbringt und keine ökologische Lenkungswirkung hat, hat die Große Koalition diese PKW-Maut im Bundestag beschlossen. Leider haben sich auch einige Vertreter CDU, SPD und Linke aus einigen Landesregierungen von der Großen Koalition unter Druck setzen lassen und die Anrufung des Vermittlungsausschuss verhindert. Damit bleibt jetzt nur noch zu hoffen, dass der Europäische Gerichtshof die irrsinnige PKW-Maut stoppt.

Doch lesen Sie mehr darüber und über viele weitere spannende Themen gerne mehr in meinem aktu- ellen Newsletter.

Und wie gewohnt freue ich mich über Anregungen, Fragen und Kritik!

Ihr/euer  
Oliver Krischer

*Energie/Umwelt/Klima*

1. **Weg für Endlagersuche frei**
2. **Europas Wälder schützen**
3. **Grüner Speichergipfel – Weg zur Speicherrevolution ebnen**
4. **Kongress Grüne Wirtschaft – Grüner Wirtschaften für mehr Lebensqualität**
5. **Studie: CO<sub>2</sub>-Einsparziele krachend verfehlt**

#### *Agrar/ Ernährung/ Verbraucher*

6. **Beschluss: Ackern für ein besseres Klima**
7. **Lebensmittelkennzeichnung: Ampel ja, aber nicht als Mogelpackung!**
8. **Auswertung Fachgespräch Insektensterben**

#### *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

9. **Dobrindts PKW-Maut: Zum Scheitern verurteilt**
10. **Abgasskandal - Keine Chefsache für die Autokanzlerin**
11. **Baurechtsnovelle: Flächenfraß statt kurzer Wege**
12. **Mietbremse sofort wirksam machen**

#### *Energie/ Umwelt/ Klima*

##### **1. Weg für Endlagersuche frei**

Im Bundestag wurde im März das Gesetz für die Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen beschlossen. Mit dieser Novelle des Standortauswahlgesetzes von 2013 werden nun die Empfehlungen der Endlagerkommission eins zu eins umgesetzt. Das neue Standortauswahlgesetz legt den Ablauf des Suchprozesses, die Kriterien dafür und die umfassende Beteiligung der Bürger\*innen von Anfang an fest. Auch ein Exportverbot für Atommüll aus Forschungsreaktoren ist im Gesetz enthalten. So ist ein Export der Abfälle aus dem Versuchsreaktor Jülich (AVR) in NRW mit der geschaffenen Regelung nicht mehr möglich. Mehr Infos zum Standortauswahlgesetz [HIER](#).

##### **2. Europas Wälder schützen**

Wald hat für uns alle eine immense Bedeutung - ob der Regenwald in Brasilien, der Buchenwald in Deutschland oder die Urwälder in Polen und Rumänien. Denn er ist nicht einfach nur Lieferant für den Rohstoff Holz, sondern spielt eine wichtige Rolle für das Klima, für die Speicherung von Wasser und für die Artenvielfalt. Wälder sind einmalig und unersetzlich, dennoch verschwinden sie in rasantem Tempo: jährlich werden weltweit 13 Millionen Hektar Wald zerstört. In Europa sind Urwälder extrem selten. In Deutschland gibt es schon lange keine mehr. Gerade darum ist es umso wichtiger, dass die letzten echten Urwälder in Europa umfassend geschützt werden – zum Beispiel in Rumänien und Polen. Mehr Infos zum Thema [HIER](#).

##### **3. Grüner Speichergipfel – Weg zur Speicherrevolution ebnen**

Die Grünen luden zum [Speichergipfel](#) in den Bundestag und zahlreiche Akteure aus der Energiespeicherbranche folgten dieser Einladung. Dem Einsatz von Speichern aller Art stehen noch immer viele Hemmnisse entgegen. Durch die falsche Politik der Bundesregierung sind Speicher bis heute oft nicht wirtschaftlich. Das wollen wir Grünen ändern. Wir haben für den Speichergipfel auch ein Thesenpapier verfasst, welches [HIER](#) zu finden ist.

##### **4. Kongress Grüne Wirtschaft – Grüner Wirtschaften für mehr Lebensqualität**

450 Teilnehmer\*innen diskutierten auf dem [Kongress Grüne Wirtschaft](#) über die Zukunft der Wirtschaft. Auf dem Kongress präsentierten auch zahlreiche Unternehmen als Aussteller ihre innovativen Produkte. Der Kongress war der Abschluss einer zweijährigen Arbeitsgruppe in der Fraktion mit der Fragestellung, wie muss und kann die Wirtschaft transformiert werden, um die planetaren Grenzen beim Ressourcenverbrauch, Klimaschutz usw. einzuhalten. Dabei führte die Arbeitsgruppe eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen relevanten Branchen, deren Ergebnisse ein [Bericht](#) zusammenfasst.

Er enthält die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppe und gibt Empfehlungen zur Umsetzung der für die ökologische Modernisierung notwendigen Politikinstrumente der ausgewählten Branchen.

### **5. Studie: CO<sub>2</sub>-Einsparziele krachend verfehlt**

Entgegen allen Lippenbekenntnissen zum Pariser Klimaabkommen seitens der Bundesregierung und ihrer Sonntagsreden sind 2016 die energiebedingten Treibhausgasemissionen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent bzw. vier Millionen Tonnen Kohlendioxid angestiegen, so das Ergebnis einer [Studie von arepo consult](#) im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion. Um das Klimaschutzziel 2020 noch zu erreichen, wäre aber im Gegenteil eine drastische Verringerung der Emissionen nötig. Die Zahlen bestätigen: Sämtliche Programme und Maßnahmen der Großen Koalition sind in der Substanz wirkungslos. Das ist ein Offenbarungseid für die Klimapolitik der Bundesregierung. Was wirklich helfen würde: Die schmutzigsten Kohlekraftwerke schnell vom Netz nehmen und ein Masterplan für den Verkehrsbereich, um von der Abhängigkeit vom klimaschädlichen Erdöl wegzukommen. Mehr Infos [HIER](#).

#### *Agrar/Ernährung/Verbraucher*

### **6. Beschluss: Ackern für ein besseres Klima**

Im Beschluss [‘Klimakrise stoppen – klimafreundliche Landwirtschaft fördern‘](#) zeigt die Grüne Bundestagsfraktion auf, wie wir mit einer Grünen Landwirtschaft das Klima schützen wollen. Zentral ist dabei eine Veränderung der Fleischproduktion hin zu einer artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung. Wichtige Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft sind auch der Schutz von Mooren, Wiesen und Weiden, bessere Düngeregeln und die Halbierung von Lebensmittelabfällen.

### **7. Lebensmittelkennzeichnung: Ampel ja, aber nicht als Mogelpackung!**

Sechs große Lebensmittelhersteller wollen eine Nährwertampel auf ihren Produkten einführen. Doch jetzt stellt sich heraus: So, wie sie es planen ist es nichts anderes als eine Mogelpackung. Denn die Nährwertampel soll pro Portion gelten – so können Zucker, Fett und Salze durch kleine Portionsgrößen schöngerechnet werden. Die Bundesregierung muss sich daher auf EU-Ebene für die Überarbeitung der EU-Kennzeichnungsverordnung einzusetzen. Die Bezugswerte für Zucker, Fett und Salz müssen sich an wissenschaftlichen Empfehlungen von Gesundheitsorganisationen wie der WHO orientieren. Alle weiteren Infos [HIER](#).

### **8. Auswertung Fachgespräch Insektensterben**

Noch vor gut 20 Jahren war im Sommer nach einer längeren Autofahrt die Windschutzscheibe voller Insekten. Heute ist das nicht mehr so. Diese Anschauung bestätigt, wie dramatisch sich die Zahl der Insekten in den letzten Jahrzehnten reduziert hat. Fachleute beziffern den Rückgang auf über 80% mit den entsprechenden Folgen für die übrige Tier- und Pflanzenwelt, wo Insekten eine wichtige Rolle als Nahrung, Bestäuber, Biomasseverwerter etc. spielen. Dazu diskutierte die Grüne Bundestagsfraktion mit zahlreichen Expert\*innen über Ursachen und Folgen des dramatischen Insektensterbens und darüber, welche Gegenmaßnahmen wichtig sind. Alle Infos zum Fachgespräch finden sich [HIER](#).

#### *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

### **9. Dobrindts PKW-Maut: Zum Scheitern verurteilt**

Auch im zweiten Anlauf, nachdem die EU-Kommission den ersten Gesetzesbeschluss als „nicht mit Europarecht vereinbar“ gestoppt hatte, haben CDU und SPD im Bundestag für die ausländerfeindliche und hochbürokratische PKW-Maut gestimmt und damit dem Populismus-Projekt einer südostdeutschen Regionalpartei – der CSU – zugestimmt. Doch nicht nur, dass zahlreiche Experten – u.a. für den ADAC – errechnet haben, dass die PKW-Maut am Ende mehr kostet als sie einbringt, wird sie vor allem daran scheitern, dass sie weiter gegen EU-Recht verstößt. Die Gründe finden sich [HIER](#). SPD-Kanzlerkandidat Schulz hatte in der Vergangenheit die Maut mehrfach kritisiert. Leider haben sich auch einige Vertreter CDU, SPD und Linke aus einigen Landesregierungen von der Großen Koalition unter Druck

setzen lassen und die Anrufung des Vermittlungsausschusses verhindert. Da die Maut erst nach der Bundestagswahl in Kraft treten soll, werden wir alles unternehmen, mit neuen Mehrheiten im Bundestag genau das zu verhindern. Ansonsten bleibt jetzt noch der Europäische Gerichtshof, um die Maut zu Fall zu bringen, denn Österreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg haben angekündigt, dagegen zu klagen - was wir ausdrücklich begrüßen.

Meine Rede zur Einbringung findet sich [HIER](#), die Rede zur Abstimmung [HIER](#).

#### **10. Abgasskandal - Keine Chefsache für die Autokanzlerin**

Bundeskanzlerin Merkel hält den großflächigen Abgasbetrug zu Lasten von Verbraucher\*innen und Umwelt lediglich für „Vorkommnisse“ und „Verfehlungen Einzelner“. Weitergehendes politisches Handeln sei nicht nötig. Strukturelle Änderungen in der Arbeit der Bundesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden seien nicht erforderlich, alles dort sei in der Vergangenheit gut gelaufen – Aussagen, die uns nach den Erkenntnissen aus dem Untersuchungsausschuss nur fassungslos gemacht haben. In der letzten öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschuss Abgasskandal machte die Bundeskanzlerin in fast beklemmender Art und Weise klar, dass beim Abgasskandal der Fisch vom Kopf her stinkt. Frau Merkel zeigte weder Problembewusstsein und Aufklärungswillen noch auch nur ansatzweise Verständnis dafür, welche dauerhaften, negativen Folgen dieser Skandal für die Zukunft der deutschen Automobilindustrie haben könnte. Frau Merkel bestätigte das Bild einer Kanzlerin, die sich vorbehaltlos für die kurz- und mittelfristigen Interessen der Autoindustrie einsetzt, ohne den Weitblick zu haben, dass sie damit angesichts der globalen Megatrends der Zukunft dieser Industrie mehr schadet als nützt. Mit der Vernehmung von Merkel schließt der Untersuchungsausschuss die Zeugenvernehmungen ab. Die Grüne Bundestagsfraktion wird die Erkenntnisse aus dem Ausschuss in einem Votum zusammenfassen. Der Abschlussbericht zum Ausschuss wird voraussichtlich Ende Juni erscheinen. Mehr zur Vernehmung der Kanzlerin findet sich [HIER](#).

#### **11. Baurechtsnovelle: Flächenfraß statt kurzer Wege**

Die Baurechtsnovelle der Bundesregierung treibt Flächenfraß und Zersiedelung weiter voran und konkurrenziert auch alle Ziele, um die Versiegelung endlich zu reduzieren. Durch die Hintertür hebeln Union und SPD den Flächenschutz im Außenbereich aus. Wir haben daher den schädlichen „Flächenfraßparagrafen“ 13b aus der Baurechtsnovelle der großen Koalition extra abstimmen lassen und diesen ausdrücklich abgelehnt. Schwarz-Rot behauptet mit der neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ den Kommunen das Bauen in verdichteten städtischen Gebieten erleichtern zu wollen, aber um den Preis, dass dort erheblich höhere Lärmbelastungen im Vergleich zu heute zulässig sein sollen. In unserem [Entschließungsantrag](#) zeigen wir, wie durch Änderungen im Städtebaurecht das Planen und Bauen für sozialen Zusammenhalt in lebenswerten Städten einfacher wird. Mehr Infos zum Thema [HIER](#).

#### **12. Mietbremse sofort wirksam machen**

Was die sogenannte „Mietpreisbremse“ von CDU/CSU und SPD aus 2015 bisher bewirkt hat, weiß niemand, aber die Mieten bremst sie eindeutig nicht. Ganz im Gegenteil: Die Große Koalition hat viele Schlupflöcher in dieses Gesetz eingebaut, dass es wie schon bei der Verabschiedung erwartet und befürchtet nichts bewirkt hat. Die Mieten steigen weiter in rasantem Tempo in den Großstädten und Ballungsgebieten. Wir haben Anträge und Gesetzentwürfe vorgelegt, die die Mietpreisbremse schnell wirksam werden lassen und die Rechte von Mieter\*innen stärken würden. Die Große Koalition muss jetzt endlich das lange angekündigte zweite Mietrechtspaket vorlegen, damit die überbordenden Mietsteigerungen in unseren Städten eingedämmt werden. Unser [Entschließungsantrag](#) zeigt auf, welche Änderungen dringlich nötig sind. Mehr Infos [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.